Deutscher Bundestag **Drucksache 17/11323**

17. Wahlperiode 06. 11. 2012

Antrag

der Abgeordneten Uta Zapf, Fritz Rudolf Körper, Rainer Arnold, Dr. Hans-Peter Bartels, Edelgard Bulmahn, Dr. h. c. Gernot Erler, Petra Ernstberger, Karin Evers-Meyer, Dagmar Freitag, Iris Gleicke, Günter Gloser, Wolfgang Hellmich, Dr. h. c. Susanne Kastner, Lars Klingbeil, Hans-Ulrich Klose, Ute Kumpf, Ullrich Meßmer, Dr. Rolf Mützenich, Thomas Oppermann, Johannes Pflug, Franz Thönnes, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Keine Modernisierung der US-Nuklearwaffen in Europa und Deutschland – Abrüstungschancen nicht ungenutzt verstreichen lassen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist mit dem Ziel angetreten, die letzten verbliebenen US-Nuklearwaffen aus Deutschland abzuziehen. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP kündigte sie an: „Wir werden uns im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden“. Dieses Ziel hat die Bundesregierung nicht erreicht. Mehr noch: Inzwischen scheint sie sich von dieser Zielsetzung sogar verabschiedet zu haben.

Der Abzug der substrategischen Waffen und weitere Abrüstungsinitiativen im Bereich der nuklearen Abrüstung wurden auf einer breiten Grundlage im Deutschen Bundestag unterstützt. Am 24. März 2010 verabschiedete der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit, getragen von allen Fraktionen, einen Antrag, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde,

„4. nach erfolgreichem Abschluss eines START-I-Nachfolgeabkommens Verhandlungen zwischen den USA und Russland zur verifizierbaren vollständigen nuklearen Abrüstung im substrategischen Bereich anzuregen;

5. sich auch bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen; (…)“ (Bundestagsdrucksache 17/1159, S. 2, Forderungen 4 und 5).

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am 10. November 2010 einen Entschließungsantrag in den Bundestag eingebracht, in dem sie die Reduzierung der Rolle der Nuklearwaffen in der NATO-Strategie als einen ersten Schritt in der Abrüstung der Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland und den Verzicht auf die Modernisierung der Tornado-Flugzeuge, der Trägersysteme für die Nuklearwaffen forderte (Bundestagsdrucksache 17/3677, S. 4, Forderung 8 Buchstabe d und e).

Diese Positionen finden sowohl im Bundestag wie auch in der Bevölkerung breite Zustimmung.

Die Bundesregierung ist ihren eigenen Zielen nicht gerecht geworden und hat die in sie gesetzten Hoffnungen enttäuscht. Sie hat auf dem NATO-Gipfel in Chicago am 31. Mai 2012 dem neuen Strategischen Konzept der NATO zugestimmt, das keine Reduzierung der Rolle von Nuklearwaffen vorsieht. Im Gegenteil, in der Defense and Deterrence Posture Review (DDPR) stellt die NATO fest:

„Kernwaffen sind neben konventionellen Kräften und Raketenabwehrfähigkeiten ein zentraler Bestandteil der Gesamtfähigkeiten der NATO zur Abschreckung und Verteidigung“ (Nummer 8).

Dies wird an mehreren Stellen bekräftigt:

„Die Überprüfung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO hat bestätigt, dass die NATO über das gesamte Spektrum der Fähigkeiten verfügen muss, die notwendig sind für die Abschreckung und Verteidigung gegen Bedrohungen der Sicherheit ihrer Bevölkerungen und der Sicherheit ihres Gebiets, was die Hauptverantwortung des Bündnisses ist“ (Nummer 31).

Damit bleiben mit dem Einverständnis der Bundesregierung Nuklearwaffen eine zentrale Komponente der NATO-Strategie. Die Bundesregierung muss nun zeigen, dass sie die Aussagen des Koalitionsvertrages ernst nimmt und sich weiter für den Abzug der US-amerikanischen Nuklearwaffen aus Europa und Deutschland als einen ersten Schritt hin zu einer nuklearfreien Welt einsetzt.

Die Themen der Lebensdauerverlängerung und der Modernisierung des Tornados, der gegenwärtig als Trägersystem für die substrategischen Nuklearwaffen fungiert, muss Teil dieser Abrüstungsstrategie sein. Die Lebensdauer des Tornados läuft 2025 aus.

In den Vereinigten Staaten wird gegenwärtig über eine Modernisierung der B61 diskutiert und in diesem Jahr im Kongress und im Senat über deren Durchführung entschieden. Diese Modernisierung hätte zur Folge, dass die Technik der Trägersysteme an die modernisierte Version der B61 angepasst werden müsste. Das würde nicht nur eine Lebensdauerverlängerung, sondern auch eine Modernisierung des Tornados, verbunden mit zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbaren Kosten, notwendig machen.

Eine Modernisierung und Lebensdauerverlängerung des Tornados würde dem Ziel des Abzugs der substrategischen Waffen aus Deutschland und Europa widersprechen. Daher ist die Bundesregierung aufgefordert, sich politisch gegen eine Modernisierung und Lebensdauerverlängerung des Tornados auszusprechen und keine Haushaltsmittel dafür zur Verfügung stellen.

Über die Modernisierung der B61 wurde in der NATO bisher kein Konsens herbeigeführt. Da von der Modernisierung durch die USA auch die Entscheidungen anderer NATO-Mitglieder betroffen sind, gehört die Diskussion auf den Tisch der NATO; um so mehr, als die US-Administration in der Nuclear Posture Review vom März 2010 die Modernisierung der B61 selbst mit der Frage der Bündnissolidarität verknüpft hat und angekündigt hat, die NATO-Partner darüber zu konsultieren.

Das heißt, dass die Frage der Stationierung der substrategischen Waffen in Europa und Deutschland offen und keineswegs entschieden ist, sondern von der Handlungsbereitschaft der NATO-Mitglieder abhängig ist.

Einerseits definierte sich die NATO auf dem Gipfel von Chicago als nukleare Allianz. Andererseits können gerade die Bedrohungen, die die NATO auf dem Gipfel von Chicago definiert hat, mit Nuklearwaffen nicht bekämpft werden. Es handelt sich dabei um Cyber-Sicherheit, Umwelt- und Ressourcenprobleme,

scheiternde Staaten (failed States), die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Piraterie und Terrorismus. Alle diese Bedrohungen und Probleme sind real. Sie lassen sich aber nicht oder nur sehr eingeschränkt militärisch beantworten. Fragen wie Umwelt und Ressourcen können am besten durch multilaterale Regelwerke bearbeitet werden. Failed States benötigen ein Konzept präventiver Friedens- und Sicherheitspolitik. Auch Cyber-Sicherheit ist kein militärisches, sondern in erster Linie ein polizeiliches Problem, sofern es sich nicht um militärische Anlagen handelt. Piraterie und Terrorismus könnten weitgehend durch eine verstärkte internationale polizeiliche Kooperation bekämpft werden.

Notwendig ist eine verantwortungsvolle und vorausschauende Sicherheitspolitik, die sich am Konzept der Gemeinsamen Sicherheit orientiert.

Dazu gehört die Wiederbelebung der europäischen konventionellen Rüstungskontrolle einschließlich Verifikation und vertrauensbildender Maßnahmen. Nukleare Abrüstung und konventionelle Rüstungskontrolle gehören zusammen.

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Russland muss gestärkt werden im Sinne des Aufbaus einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft, wie sie im Rahmen der OSZE diskutiert wird.

Nuklearwaffen sind eindeutig ein Relikt des Kalten Krieges.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich vor dem Hintergrund des Bekenntnisses der NATO, die Voraussetzungen für eine Welt ohne Atomwaffen schaffen zu wollen, nicht nur auf der Ebene des Bundesministers des Auswärtigen, sondern durch die Bundeskanzlerin persönlich für eine Reduzierung der Rolle der Nuklearwaffen in der NATO und ein aktives Engagement der NATO für Global Zero einzusetzen;
2. sich mit dem notwendigen politischen Gewicht, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, für den Abzug der substrategischen Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten aus Deutschland einzusetzen und bei den skeptischen NATO-Mitgliedern dafür im Sinne einer vertrauensbildenden Maßnahme gegenüber Russland zu werben;
3. sich verstärkt und intensiv für den Abzug der substrategischen Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten aus Europa einzusetzen;
4. sich für die Fortsetzung des Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesses von Nuklearwaffen insbesondere unter Einbeziehung der substrategischen Nuklearwaffen zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation einzusetzen;
5. deutlich klarzustellen, dass die Bundesregierung gegen die Stationierung modernisierter B61 in Deutschland und Europa ist;
6. dafür einzutreten, dass die Modernisierung der in Europa stationierten B61 nur auf der Grundlage eines politischen Beschlusses der NATO durchgeführt werden kann;
7. auf eine Modernisierung, Anpassung und Lebensdauerverlängerung des deutschen Trägersystems für substrategische Nuklearwaffen zu verzichten und hierfür auch keine Haushaltsmittel einzuplanen;
8. sich dafür einzusetzen, dass der NATO-Abrüstungsausschuss verstetigt wird, und bei der Definition des Mandats darauf zu drängen, dass Fragen der nuklearen und der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle gleichwertig diskutiert werden, dass in dem Abrüstungsausschuss Maßnahmen entwickelt werden, die eine substantielle Reduzierung der Rolle der Nuklearwaffen in der NATO zur Folge haben und zur Herausbildung von Voraussetzungen für die Schaffung einer nuklearwaffenfreien Welt führen;

9. sich verstärkt für die Umsetzung des auf der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages beschlossenen Aktionsplanes einzusetzen.

Berlin, den 6. November 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333